

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Alexander Ulrich, Monika Knoche,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/4490 –**

Keine Unterstützung von Militäreinsätzen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds

A. Problem

Auf Beschluss des AKP-EG-Ministerrates wurde 2004 die so genannte Afrikanische Friedensfazilität (AFF) eingerichtet, die den Aufbau einer afrikanischen Eingreiftruppe und die Durchführung friedenserhaltender Maßnahmen der Afrikanischen Union (AU) unterstützt. Für die Laufzeit von 2004 bis 2007 wurde die AFF mit Mitteln in Höhe von 250 Mio. Euro ausgestattet. Diese Mittel werden dem 9. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) entnommen. Sie sind damit nicht Bestandteil des EU-Haushalts und werden weitgehend ohne parlamentarische Kontrolle beschlossen. Die Finanzierung stellt eine Zweckentfremdung von Mitteln dar, die für zivile Programme benötigt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/4490 abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2007

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender und Berichterstatter

Anette Hübinger
Berichterstatterin

Andreas Weigel
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Andreas Weigel, Hellmut Königshaus, Heike Hänsel und Thilo Hoppe

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4490** in seiner 91. Sitzung am 29. März 2007 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Keine Unterstützung von Militäreinsätzen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 12. Juni 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen

die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. die Ablehnung.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont, sie stehe der Finanzierung von militärischen Maßnahmen durch den EEF kritisch gegenüber, da Entwicklungsgelder grundsätzlich nur zivil verwendet werden sollten. Ihr Ziel sei es, die Gelder zur zivilen Konfliktbearbeitung zu verwenden, zum Beispiel durch die Einrichtung eines afrikanischen Zivilen Friedensdienstes.

Die **Fraktion der CDU/CSU** macht deutlich, sie werde den Antrag ablehnen. Die darin erwähnten militärischen Mehrkosten dienten ausschließlich der Umsetzung des Friedensplanes und dem Schutz der Bevölkerung. Der EEF enthielte keine Mittel, die militärischen Belangen zugewiesen sind. Überwiegend gingen die Gelder nach Darfur, wo sie zur Bekämpfung der größten humanitären Katastrophe weltweit eingesetzt würden. Die Bundesregierung habe sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft für eine Unterstützung der AU-Mission über den EEF hinaus eingesetzt. Sie habe sich bemüht, die Mitgliedstaaten zu bewegen, auf freiwilliger Basis, Deutschland hat bereits ca. 20 Mio. Euro zugesagt, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Einrichtung eines europäischen Zivildienstes werde selbst von den Zivilen Friedensdiensten abgelehnt. Sie streben einen losen Netzwerksverbund ohne festen Personalbestand an.

Die **Fraktion der SPD** legt dar, es komme darauf an, in Konfliktregionen miteinander vernetzend und nicht konkurrierend zu agieren. Eine gemeinsame Finanzierung von zivilen Maßnahmen und militärischer Unterstützung zur Durchführung der zivilen Maßnahmen sei deshalb notwendig. In dem Antrag werde der Versuch unternommen, zivile und militärische Maßnahmen gegeneinander auszuspielen, weshalb sie ihn ablehne.

Die **Fraktion der FDP** erklärt, sie lehne die Finanzierung von Militäreinsätzen durch Entwicklungsmittel grundsätzlich ab. Die Notwendigkeit von militärischen Einsätzen zur Friedenserhaltung sei aber nicht gleichzusetzen mit der Finanzierung von militärischen Einsätzen durch Entwicklungsmittel. Da der Antrag darauf abziele, einen Militäreinsatz als solchen zu verhindern, werde sie ihn ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führt aus, es sei zwischen der Sinnhaftigkeit der Friedensfazilität und der Finanzierung zu unterscheiden. Sie unterstütze den Hybrideinsatz und die Afrikanische Friedensfazilität zur Beendigung des schleichenden Völkermordes in Darfur. Dennoch sei der EEF nicht die richtige Finanzierungsquelle dafür. Der Tendenz, militärische Einsätze mit Mitteln des EEF zu finanzieren, müsse ein Riegel vorgeschoben werden, weshalb sie dem Antrag zustimme.

Berlin, den 13. Juni 2007

Anette Hübinger
Berichterstatlerin

Andreas Weigel
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatlerin

Thilo Hoppe
Berichterstatter

